Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich M. 35 000 (freibl.); Ausland M. 35 000 und Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höhere Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher Ortsgespräche Sammel-Nr.: 70011, Ferngespräche 17091-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- u. Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: Für die Gesamt- (Stadt- u. Post-)Ausgabe: Einsp. 34 mm br. mm-Zeile M. 1700 amtl. Inserat. M. 8000. Sonderpreise: Familienanz. u. Priv. mm-Zeile M. 600, Gelegenheitsanz. (Priv. Natur) u. Stellenangeb., mm. Zeile M. 800, Stellengef. mm-Zeile M. 600, amtl. Petitzeile, Doppelmm-Zeile M. 3500, Lausdr. M. 6000, Reklamezeile mm-Zeile M. 11000, Ausw. M. 15000, Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindl. Erfüll.-Ort Leipzig. Postscheckk. Dresden 2004.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 179 — Einzelnummer 2000 Mark — Dienstag, den 31. Juli 1923 — Fern-Ausgabe — 117. Jahrg.

Von Bismarck bis Cuno

A. V. Leipzig, 30. Juli.

Fünfundzwanzig Jahre ist Bismarck tot, bis heute aber wirkt noch die Wucht seiner Persönlichkeit, die eines ganzen Volkes Politik autokratisch geführt und sich nicht darum gekümmert hatte, ob sich diese Politik dereinst aus den eigenen Kräften des Volkes ihre Tragstützen werde holen können. Zwar hat Bismarck die Bedeutung erkannt, die dem politischen Willen des Volkes zukam; sonst hätte er nicht die Gründung des Deutschen Reichs mit dem allgemeinen Wahlrecht verbunden. Kernpunkt seiner Politik aber war und blieb die Dynastie, die er so stark machte, daß selbst ein unbedeutender, politisch noch dazu ganz unerfahrener Fürst ihren Gründer und Mehrer eines Tages einfach beiseiteschiebne und selbst regieren konnte. Bismarcks Werk ist es auch ganz gewiß, daß diese Dynastie im Gefühl ihrer sicheren und — nach ihrer Meinung — geradezu unentbehrlichen Stellung die wachsenden politischen Wünsche des Volkes nicht einzuschätzen vermochte und dabei schließlich selbst ihr Verhängnis fand.

Wie Bismarck über den Erben der Krone gedacht hat, wissen wir nunmehr zur Genüge, vor allem aus dem dritten Band seiner Erinnerungen. Ist es aber eigentlich zu verstehen, daß daß die Deutschen heutzutage noch die divinatorische Gabe des Altreichskanzlers rühmen, seine Eingeständnisse über die Gefahren der Zukunft hinnehmen und nicht vielmehr erschüttert sind über die Unseligkeit eines Systems, das das Unheil genau kommen sieht, aber es lieber auf die Katastrophe ankommen läßt, ehe es anderswo Kräfte zu erwecken sucht, die die natürlichen, gesunden Tragflächen einer echt völkischen Politik hätten werden können? Bismarck hat den Blick des deutschen Bürgers von der Politik abgelenkt. Wo er mit dem deutschen Volk im politischen Geschäft zu tun hatte, ließ er ihm eine Behandlung zuteil werden, deren Nonchalance der Mensch des Jahres 1923 sich nur schwer noch vorstellen kann. „Glauben Sie doch nicht, meine Herren, daß Ihr Urteil mir maßgebend ist. Ich versichere Sie, daß es mich nicht im geringsten stört," hat er den Reichstag einmal abgefertigt. Unter solchen Worten aber wuchs, gedieh, nahm an Kraft zu die Monarchie, deren künftigen Nutznießer aber wiederum Bismarck nicht so erzog, daß er wenigstens an innerer Kraft und an politischer Schulung ein Gegengewicht zu seiner außerordentlichen Machtfülle gehabt hätte.

Nach Bismarcks Entlassung wurde die Monarchie äußerlich immer glänzender. Sie allein wurde immer mehr der Brennpunkt unseres politischen Lebens. Wilhelm II. und sein Tun und Lassen wurden den Deutschen geradezu zur Zwangsvorstellung. Man sprach wie Wilhelm, man dachte wie Wilhelm, man trug den Bart wie Wilhelm. Der deutsche Bürger hatte der Dynastie seinen Schatten verkauft und war wesenlos geworden. Das war so gekommen, weil Bismarck das Deutsche Reich als ewigen Bund der deutschen Fürsten aufgerichtet hatte.

Solange Bismarck selbst im Amte war, machte sich das Verhängnis nicht bemerkbar. Es wurde gedeckt von seiner gewaltigen Persönlichkeit, deren Außenpolitik den Bedürfnissen Deutschlands entsprach, weil sie in vorsichtigster Weise das junge Reich vor jeder möglichen Schwierigkeit bewahrte. Aber aus diesem klugen Diplomaten, den uns das Schicksal beschert hatte, konnte der von dem Regime der Hohenzollern ohne Schulung gelassene politische Sinn der Deutschen einfach nichts machen. Sie mußten ihn für sich zurechtstutzen, und hierzu half die Legende vom — eisernen Kanzler. Der eiserne Kanzler, das hieß nichts anderes als: ein politisches Wunder, das man unkritisch bestaunt, aber nie zu verstehen trachtet. Der eiserne Kanzler hat sein Gegenstück im unpolitischen Kleinbürger.

Es war auch ein Erbe, das Bismarck den Deutschen hinterließ, daß sie ihre Hoffnung von nun an immer auf „den großen Mann" stellten, und gar nicht daran zu denken wagten, daß nur aus ihrer eigenen Mitte die lebendige Kraft hervorgehen konnte, die das deutsche Volk durch den bunten Wechsel der Weltpolitik zu führen hatte. Daß das politische Genie ein Zufall sei, bedachten die Deutschen nicht, noch viel weniger, daß ein Staat in der bloßen Erwartung auf ein immer wiederkehrendes Genie gedeihen könne. Hätten sie sich einmal das Sprunghafte, was in solcher Staatsauffassung lag, richtig vergegenwärtigt, dann hätten sie auch folgerichtig zu einer gesünderen Einschätzung der im einzelnen Staatsbürger selbst lebenden politischen Kraft kommen müssen. Die Deutschen hätten entdeckt, daß sie selbst der politische Organismus sind, daß aber „ein großer Mann" etwas Systemloses ist und daß nach seinem Ausscheiden unfehlbar eine Lücke entstehen muß, wenn er es sich nicht angelegen sein ließ, im Volk den politischen Geist zu pflegen, aus dem allein die nötigen Regierungen sich herausentwickeln müssen, je nach dem Bedürfnis der Zeit.

Die Dynastie hat Bismarcks Geist, der das Volk von der Politik fernhielt, mit Eifer weitergepflegt. Der Kaiser war alles, politische Betätigung des einzelnen mehr oder wenig unerwünscht. Der Mann aus dem Volke sollte nur seinen Militärverein haben, wie es das Ideal des General a. D. in Sudermanns Schauspiel war. Die Spitze des Staatsbaues funkelte in unerreichbarer Höhe, die Basis wurde immer schmäler. Als der Stoß von außen kam, war der Zusammenbruch da.

Unter ihm lag der deutsche Bürger, die fatale Frucht der Entpolitisierung, die der erste Kanzler an ihm durchgeführt hatte. Die Republik bekam diese Frucht zu schmecken. Es ließ sich politisch nicht viel anfangen mit dem Deutschen. Alle Regierungen blieben Verlegenheit; aus dem Volke floß ihnen kein politischer Saft zu. Das Kabinett Wirth freilich war im Begriff, mit dem Volk politische Fühlung zu gewinnen. Sofort aber unterhöhlten es die Gegner der Republik und schmähten den Kanzler „Schwitzmeister der Entente". So war vor Jahren das französische Ministerium Waldeck-Rousseau, das die Republik endgültig sicherte, le ministère de l'étranger gescholten worden. Während aber die Franzosen die Absicht der Verleumder durchschauten, fiel der in unpolitischem Geist erzogene Deutsche darauf hinein und stieß den Kanzler von sich, der im Begriff war, die deutschen Republikaner zu sammeln. Der unpolitische Cuno wurde auf den Kanzlerposten gerufen, und in einer Zeit des allerstürmischsten Geschehens geriet die deutsche Politik in einen Quietismus, der mehr als beängstigend wirken mußte. Als endlich die Reichstagsparteien zusammentraten, erließ die Regierung eine Kundgebung, die, so schwunglos sie im Tone auch ist, dennoch den Willen erkennen läßt, daß die Regierung endlich mit dem Volke die Verbindung aufnehmen möchte. Ob aber das Kabinett Cuno noch etwas Ersprießliches wird leisten können, muß nach seiner allzu lang gepflegten abwartenden Haltung bezweifelt werden.

Man sagt zwar immer, jedes Volk habe die Regierung, die es verdiene. Unser deutsches Volk aber hat am Sonntag durch seine wunderbare Besonnenheit gegenüber den Lockungen des Radikalismus den Beweis erbracht, daß es eine weit bessere Regierung verdient, als ihm gegenwärtig beschieden ist.

Aufruf des Landwirtschaftsrats

Berlin, 30. Juli. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Brandes erläßt folgenden Aufruf:

„Der Herr Reichskanzler weist darauf hin, daß infolge der Verspätung der Kartoffelernte die Städte von Kartoffeln entblößt seien und daß auch sonst die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbrauchermassen wachsen. Der Herr Reichskanzler richtet an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge, insbesondere der Frühkartoffeln, möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern. Unterstützung durch das Reichsverkehrsministerium sei zugesichert.

Ich unterstütze diese ernste Mahnung des Herrn Reichskanzlers auf das Dringendste. Verspätete Ernte und Markentwertung verschlimmern die Lage. Es kommt jetzt darauf an, trotz dieser Schwierigkeiten den Anschluß an die neue Ernte zu erreichen, die, wenn sie gut geborgen werden kann, gut zu werden verspricht. Ich fordere deshalb die deutschen Landwirte auf, der Mahnung des Herrn Reichskanzlers zu folgen und insbesondere, soweit es der Reifegrad der Kartoffeln irgendwie gestattet, die Städte möglichst ausgiebig mit Frühkartoffeln zu versehen."

Wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, sind die Städte im Ruhrgebiet in größerem Maßstabe zur Ausgabe von Notgeldscheinen geschritten, um dem herrschenden Zahlungsmittelmangel abzuhelfen. So hat die Stadt Essen beschlossen, vorläufig 400 Milliarden Notgeld herauszugeben.

Reichstag am 8. August

Berlin, 30. Juli. (Eig. Tel.) Wie das Wolffbureau mitteilt, ist der Reichstag auf Mittwoch, den 8. August, einberufen worden. Die Tagesordnung ist noch nicht festgesetzt, doch dürften zunächst die Steuergesetze erledigt werden, die bis dahin vom Reichskabinett im Entwurf fertiggestellt sein werden.

Vorläufig kein Regierungswechsel

Berlin, 30. Juli. (Eig. Tel.) Nach den Besprechungen mit dem Reichskanzler sind die Fraktionsführer, die ihren Sommerurlaub unterbrochen hatten, wieder von Berlin abgereist. Eine Entscheidung über die Nachfolge des Kabinetts Cuno, die nach übereinstimmender Ansicht zuerst geklärt werden müßte, bevor an einen Rücktritt des Kabinetts zu denken ist, wurde nicht erzielt. In den heutigen Morgenblättern werden bereits Kombinationen über die Nachfolgefrage erörtert. So nennt „Der Montag-Morgen" ein Ministerium Loebe-Stresemann als aussichtsreich, in dem der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe die Kanzlerschaft und Stresemann das Auswärtige übernehmen sollte. Allerdings soll Loebe selber seiner Kandidatur widerstreben. Auch die „Welt am Montag" stellt Stresemanns Namen in den Vordergrund und verlangt, daß er an die Spitze des Kabinetts trete, da er der einzige Politiker sei, der die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten beisammen halten könnte.

All diese Mutmaßungen werden von führenden Parlamentariern als nicht ernst zu nehmen bezeichnet. Die Schwierigkeiten für das Zustandekommen der großen Koalition sind immer sehr groß und erscheinen fast unüberwindbar, da innerhalb der Sozialdemokratischen Partei die Ansichten bisher stark auseinandergehen. Während auf der einen Seite Hermann Müller-Franken für den Eintritt der Sozialdemokratie in die große Koalition kämpft, hat er auf der anderen Seite eine starke Gegnerschaft unter Breitscheids Führung, der als einer der heftigsten Gegner der Deutschen Volkspartei seine ganze Energie aufbietet, um das Zustandekommen der Koalition zu verhindern. Die Fraktionssitzung der Sozialdemokratischen Partei, die heute vormittag um 11 Uhr zusammentrat, ist in die Stellungnahme der Partei zur großen Koalition eingetreten. Es steht zur Stunde noch nicht fest, in welcher Richtung sich die Fraktion entscheiden wird.

Die bürgerlichen Parteien halten den augenblicklichen Zeitpunkt für eine Regierungskrise auch noch für verfrüht und wollen, ehe sie die Personenfrage erörtern, den Zusammentritt des Reichstages und den Erfolg der in der letzten Regierungserklärung angekündigten Steuern abwarten. Die Parteien sind der Ansicht, daß von einem Regierungswechsel erst dann gesprochen werden dürfte, wenn der Reichstag zu den angekündigten Steuergesetzen Stellung genommen und sie verabschiedet habe.

Die Haltung der Sozialdemokraten

Berlin, 30. Juli. (Eig. Tel.) Die Fraktionssitzung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dauert seit ½11 Uhr vormittags mit einer einstündigen Mittagspause weiter an und dürfte wahrscheinlich erst in den späten Abendstunden zu Ende gehen. Bis jetzt ist über die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Regierung Cuno und zu den neuen Steuervorlagen sowie zur großen Koalition etwa folgendes zu sagen:

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkte, daß das Vertrauen zu der Regierung Cuno vollständig erschöpft sei. Die Kundgebung der Regierung am vergangenen Sonntag habe lediglich einige Selbstverständlichkeiten aufgezählt, die schon vor Monaten hätten geschehen müssen. Auch sie habe keineswegs die Hoffnung erwecken können, daß die Regierung Cuno in irgend einer Weise dem immer fortschreitenden Elend in wirtschaftlicher und politischer Beziehung werde Einhalt gebieten können. Andererseits ist man aber — insbesondere unter den Vertretern des linken Flügels — der Meinung, daß es verfrüht wäre, dem Kabinett Cuno in diesem Zeitpunkte die Zügel aus der Hand zu nehmen. Man müsse warten, bis die Politik Cunos vollständig Fiasko erlitten habe. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei glaubt man, daß dieser Zeitpunkt sehr nahe herangerückt sei. Besonders dürften sich die schweren Fehler des Kabinetts in der inneren Politik bereits in den nächsten Tagen auswirken. Für die politischen Parteien des Reichstags wäre es daher gefährlich, wenn sie das Kabinett Cuno im letzten Augenblick von den Konsequenzen seiner politischen Unfähigkeit entbinden und einem neuen Kabinett die ganze Verantwortung für die verfehlte Politik Cunos aufladen würden.

Was die Haltung der Sozialdemokratie zu den Steuervorlagen der Regierung anbetrifft, so wird die Partei wahrscheinlich der Regierung ein eigenes Steuerprogramm unterbreiten, dessen Annahme sie in scharfer Weise verlangen wird. Die Frage der Großen Koalition ist in den bisherigen Verhandlungen nur oberflächlich berührt worden. Die Fraktion dürfte sich wohl heute kaum über diesen Punkt schlüssig werden, da der Parteivorstand bereits jetzt eine Fortsetzung der heutigen Fraktionssitzung für den 2. August festgesetzt hat. Weite Kreise der Sozialistischen Partei sind sich der Notwendigkeit einer großen Koalition, die alle Parteien bis zur Deutschen Volkspartei umfaßt, voll bewußt, aber die Partei müsse für einen Eintritt in eine solche Koalition Bedingungen stellen, deren Annahme besonders bei der Deutschen Volkspartei auf Widerstand stoßen dürfte. Die Bedingungen dürften sich auch sehr wesentlich auf steuerpolitische Fragen beziehen. Immerhin ist beachtenswert, daß in diesem Zeitpunkte von den Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien über die Voraussetzungen einer Großen Koalition Verhandlungen gepflogen werden. Hier biete sich die Möglichkeit wegen einer Neubelebung der sogenannten Kleinen Koalition mit den Demokraten und dem Zentrum zu sondieren.

Frankreichs passives Interesse

Paris, 30. Juli. (Eig. Tel.) Der „Temps" hat einen Artikel veröffentl. in dem er für einen Schritt der Verbündeten in Deutschland zugunsten der Ersetzung des Kabinetts Cuno durch ein entschieden republikanisches Ministerium eintritt. Das französische Außenministerium lehnt diese Anregung des „Temps" ab; der Artikel gibt nur die Ansicht von Kreisen wieder, durch die Poincaré sich in seinen Beschlüssen nicht beeinflussen läßt. Er hat deshalb wenig Bedeutung. Die französische Regierung beobachtet in der Frage der inneren Politik Deutschlands größte Zurückhaltung und legt Wert darauf, auch nur jeden Anschein einer direkten oder indirekten Einmischung zu verhüten. Ein Schritt, wie ihn der „Temps" sich vorstellt, ist nach Ansicht der französischen Regierung vollständig ausgeschlossen.

Man scheint in französischen Regierungskreisen allerdings der Annahme zuzuneigen, daß jede Regierung, die das Erbe des Kabinetts Cuno übernimmt, schon deshalb Vertrauen und Entgegenkommen verdient, weil die Sanierung des deutschen Wirtschaftslebens nach französischer Auffassung die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zur ersten Voraussetzung haben müsse und jede neue Regierung zweifellos diese Sanierung als ihr Hauptziel betrachten würde. Ein ausgesprochenes Linksministerium nach Art des Kabinetts Wirth würde nach der hier vorherrschenden Auffassung kaum die genügende Autorität zur Durchführung der für die Regelung der Reparationen erforderlichen Maßnahmen haben. Dazu wäre nach Ansicht französischer Regierungskreise nur ein von der großen Koalition getragenes Kabinett Stresemann in der Lage. Ein Kabinett Stresemann wird in Frankreich gleichzeitig herbeigewünscht und gefürchtet. Es wird herbeigewünscht, weil man glaubt, daß Stresemann im Interesse Deutschlands eine endgültige Regelung der Reparationsfrage betreiben würde, die auch den Interessen Frankreichs entsprechen könnte. Man glaubt ferner, daß Stresemann bereit sein werde, mit Frankreich eine wirtschaftliche Verständigung abzuschließen, die nach Ansicht hiesiger Wirtschaftskreise allein imstande wäre, die französische Wirtschaft von den beiden ihr drohenden Gefahren, nämlich dem Kohlenmangel und der Ueberproduktion der Montanindustrie, zu befreien. Anderseits ist man aber davon überzeugt, daß ein Kabinett Stresemann Deutschland einer raschen Wiedererstarkung zuführen könnte, die in Frankreich vielleicht bald als gefährlich empfunden würde. Ein Kabinett Stresemann würde von den extremen Nationalisten als eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs aufgefaßt werden.

München, 30. Juli. (Eig. Tel.) In Rosenheim kam es gestern zu einem ernsten Zwischenfall. Nach dem Bericht ist auf dem nahen Wendelstein am Sonnabend ein Bayer von Sozialisten verprügelt worden. Daraufhin zogen gestern Angehörige der Vaterländischen Verbände zum Gewerkschaftshaus, das gestürmt wurde. Hierbei wurde ein Kommunist getötet; vier Personen wurden verletzt.

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel des L. T.

	Vorbörse 31.	Parität 30.		Vorbörse 30.	Parität 30.
Berlin	0.00090	1111111	Zürich	17.85	196333
London	458.05	5087711	Amsterd.	39.45	43833
Paris	567.25	65250	Prag	256.25	32517
Mailand	436.25	48361	Christ.	16.22	[illegible]